

Golf von Mexiko lässt BP nicht los

INTERNATIONAL Der Kampf des Ölmultis vor US-Gerichten geht weiter. Auch Transocean ist noch nicht aus dem Schneider.

MARTIN GOLLMER

Der britische Energiemulti BP führt wegen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko im Jahr 2010 einen juristischen Mehrfrontenkrieg. Am Mittwoch hat ein Berufungsgericht in den USA dem Unternehmen in der Frage umstrittener Schadenersatzzahlungen teilweise recht gegeben. Schon am Montag begann vor einem Distriktgericht die zweite Phase des Prozesses zur Frage der Verantwortlichkeit für den Unfall, bei dem elf Arbeiter starben, eine Bohrplattform sank und die grösste Ölpest in der Geschichte der USA entstand. In dem Verfahren sitzen neben BP auch der in der Schweiz domizilierte und kotierte Tiefseebohrkonzern Transocean sowie der US-Ölfelddienstleister Halliburton auf der Anklagebank.

Im zweiten Prozessteil geht es darum festzustellen, wie viel Öl in den Golf von Mexiko geflossen ist, bis das leckgeschlagene Bohrloch abgedichtet werden konnte. Im dritten Prozessteil, der im Jahr 2014 über die Bühne gehen soll, steht die Höhe der durch die Katastrophe verursachten Schäden im Mittelpunkt. Schon Mitte April beendet wurde der erste Prozessteil. Er drehte sich um die Frage, ob Mitarbeiter von Projektbetreiber BP, von Bohrplattformbesitzer Transocean oder von Bohrlochzementlieferant Halliburton «grob-fahrlässig» gehandelt oder «vorsätzliches Fehlverhalten» an den Tag gelegt haben.

Aus allem zusammen – dem Grad des Verschuldens, der Menge des ausgeflossenen Öls und der Höhe der Schäden – wird dann die Busse berechnet, die BP und Mitangeklagte zu bezahlen haben. Sie könnte sich auf bis zu 18 Mrd. \$ belaufen. Über die Verantwortlichkeitsfrage streiten sich die Angeklagten nicht nur mit dem Gericht, sondern auch untereinander.

Schätzungen laufend erhöht

Auf bis zu 15 Mrd. \$ wurde zuletzt die Summe geschätzt, die BP an Personen und Unternehmen – etwa Fischer oder Tourismusbetriebe in den US-Bundesstaaten, die den Golf von Mexiko säumen



Den Golf von Mexiko nach der Explosion auf der Bohrplattform «Deepwater Horizon».

– zahlen muss, die durch die Ölkatastrophe Schaden erlitten. Zu diesen Schadenersatzzahlungen hat sich der Multi in einer Vereinbarung verpflichtet, die im vergangenen Jahr mit den Geschädigten geschlossen wurde. Den Auftrag zur Abwicklung der Schadenersatzforderungen erhielt ein Richter namens Patrick Juneau.

Nach Abschluss der Vereinbarung schätzte BP den zu leistenden Schadenersatz auf 7,8 Mrd. \$. Im Sommer wurde diese Summe dann auf 9,6 Mrd. \$ erhöht. 3,7 Mrd. \$ sind bisher effektiv ausgezahlt worden. Aufgrund des stetig steigenden Trends dieser Auszahlungen begann sich der Multi zu beschweren, Juneau heisse unfundierte Schadenersatzforderungen

gut, die auf einer willkürlichen Interpretation der Vereinbarung beruhten. Mit dieser Beschwerde blitzte BP aber mehrmals bei Distriktrichter Carl Barbier ab. Dieser hatte die Vereinbarung zwischen dem Konzern und den Geschädigten im vergangenen Jahr genehmigt.

Am Mittwoch hat nun ein Berufungsgericht in New Orleans dem Multi teilweise recht gegeben. Es erhielt zwar die Abweisung einer Willkürklage von BP gegen Juneau durch die untere Gerichtsstanz aufrecht, wies aber Barbier in einer Mehrheitsentscheidung an, die Vorwürfe des britischen Konzerns genauer zu untersuchen. Zwei Berufungsrichter fanden, dass die Formel, mit der der poten-

zielle Schaden durch die Ölkatastrophe ermittelt wird, überprüft werden müsse. Sie sei «vollständig losgelöst von einem vernünftigen Verständnis der Schadenberechnung». Ein dritter Richter meinte jedoch in einer abweichenden Stellungnahme, BP versuche, die Regeln zu ändern, denen sie früher zugestimmt habe. Falls Juneau die Vereinbarung so interpretiere, dass Zahlungen auch an Unternehmen gingen, die durch die Ölkatastrophe keinen Schaden erlitten hätten, sei die Vereinbarung «rechtswidrig», urteilte das Berufungsgericht in seiner Mehrheit.

Jetzt muss Barbier eine Verfügung erlassen, die nur noch eine enge Auslegung der Schadenberechnungsformel erlaubt. Zudem müssen, bis seine Verfügung vorliegt, bestimmte Schadenersatzzahlungen gestoppt werden. BP zeigte sich «sehr erfreut» über den Entscheid des Berufungsgerichts. Der Richterspruch verdeutliche, «was der Konzern von Anfang gesagt hat: Schadenersatzforderer sollten nicht für fiktive oder völlig inexistenten Verluste bezahlt werden».

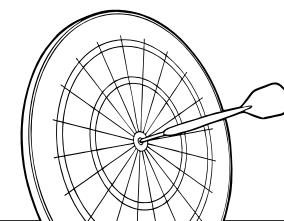
Bisher 33,6 Mrd. \$ gebraucht

BP ficht zurzeit noch einen anderen Strauss mit dem umstrittenen Juneau aus. Der Multi behauptet auch, das Büro des Mannes, der über die Schadenersatzforderungen aus der Ölkatastrophe entscheidet, verschwende Geld. Zudem gebe es keine Betrugsbekämpfungsmassnahmen. BP verlangte deshalb vor kurzem vor Gericht, dass die Schadenersatzzahlungen ausgesetzt werden, bis der frühere FBI-Direktor Louis Freeh zusammen mit dem Juneau-Büro die Abläufe verbessert und die Kontrollen eingeführt hat. Freeh war von Distriktrichter Barbier eingesetzt worden, um die Vorwürfe von BP über Missstände im Schadenersatzbegleichungsverfahren zu untersuchen und Verbesserungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Dieser Fall ist zurzeit noch hängig.

Zur Erledigung der Ölkatastrophe hat BP bis Ende Juni 42,4 Mrd. \$ zurückgestellt (vgl. Grafik). 33,6 Mrd. \$ davon wurden schon gebraucht für Aufräum- und Säuberungsarbeiten, für Schadenersatzzahlungen, für bereits gesprochene Bussen und einen Vergleich mit den US-Behörden zur Beseitigung zivil- und strafrechtlicher Klagen. Die Mittel hat sich der Multi weitgehend durch den Verkauf von zweit-rangigen Aktivitäten beschafft.

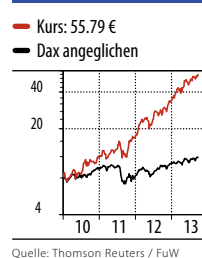
Transocean hat bisher 1,4 Mrd. \$ aufgewendet – ebenfalls für einen Vergleich mit den US-Justizbehörden zur Beilegung zivil- und strafrechtlicher Klagen. Im zweiten Quartal 2013 wurden nochmals 750 Mio. \$ für allfällige weitere Kosten der Ölkatastrophe zurückgestellt. Angesichts des nach wie vor unklaren Ausgangs des laufenden Gerichtsverfahrens setzt ein Kauf von BP- oder Transocean-Aktien weiterhin eine sehr hohe Risikofähigkeit voraus.

Hot Corner



Wolkenlos

Dürr



Binnen vier Jahren hat sich der Aktienkurs des deutschen Maschinenbauers Dürr (Xetra: DUE, Kurs 55,79 €, 1,9 Mrd. € Börsenwert) fast verneunfacht. Gemäss Bloomberg empfehlen von 21 Analysten dreizehn die Aktien zum Kauf – und kein Einziger hat sie auf «Verkaufen» eingestuft.

Für die Contrarians, die querdenkenden Anleger, sind solche Titel nicht mehr kaufenswert. Für sie hätte sich 2009 ein guter Zeitpunkt zum Einstieg aufgetan: Die starke Abhängigkeit von der Automobilindustrie, mit der der Zulieferer Dürr vier Fünftel des Umsatzes erzielt, machte sich in der damaligen Branchenkrise negativ bemerkbar. Der Lackieranlagen-spezialist rutschte in die roten Zahlen.

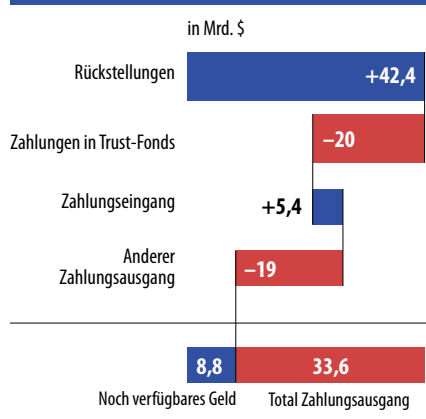
Erste Anzeichen für eine Wende lieferten schon die Zahlen für das zweite Quartal 2009, die einen klar höheren Auftragseingang als im Vorquartal zeigten. Seit damals weist die Entwicklung nach oben. Im letzten Jahr, dem besten in ihrer Geschichte, schrieb Dürr mit 2,4 Mrd. € Umsatz einen Gewinn von 111 Mio. € (137 Mio. Fr.). Die Rendite auf das eingesetzte Kapital (Roce) betrug 44%.

Die Analysten schreiben den Aufwärtstrend fort und gehen wie das Management davon aus, dass Dürr mit ihren Lackierereien, Endmontagewerken und Auswuchtsystemen weiter von der Produktionsausweitung und der zunehmenden Automatisierung in der Automobilindustrie profitieren wird.

Ein Warnsignal kam im Juni, als der Kurs wegen Sorgen um Chinas Konjunktur bis zu 14% zurückging. Aus China kamen im ersten Halbjahr 37% der Aufträge für Dürr. Analysten deuteten den Kursrückgang aber umgehend als exzellente Einstiegsgelegenheit. Zurzeit scheint der Himmel über Dürr wolkenlos zu sein: Aufgrund der anhaltend positiven Unternehmensentwicklung hat die Leitung Ende September die Prognose für die operative Marge 2013 von 7 bis 7,5 auf 7,5 bis 8% angehoben.

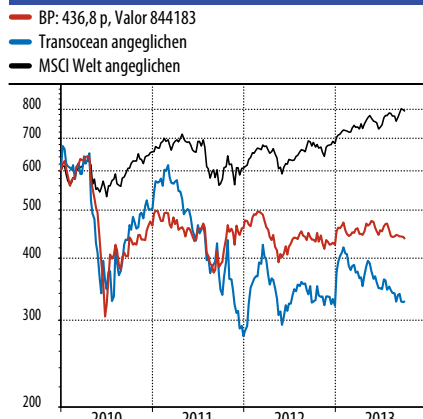
Mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis 2013 von 15 sehen die Aktien, auch verglichen mit denen anderer Autozulieferer, nicht teuer aus. Für Contrarians sind sie zurzeit nicht interessant, wohl aber für die auf Momentum setzenden Anleger. Auf eines sollten sie indes nicht hoffen: auf eine Übernahme. Auch zum Schutz davor hat die Gründerfamilie jüngst einen Teil ihrer Anteile in eine neue Stiftung überführt. **AK**

Kosten von BP im Golf von Mexiko



Quelle: BP / Grafik: FuW, br

BP



Quelle: Thomson Reuters / FuW

Unternehmenszahlen

| in € | 2012 | 2013 ^A | 2014 ^A |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|-------------------|-------------------|
| Umsatz in Mrd. | 237,0 | 214,9 | 212,5 |
| – Veränderung in % | +1,2 | -9,3 | -1,1 |
| Gewinn in Mrd. | 7,5 | 9,0 | 10,5 |
| – Veränderung in % | -54,2 | +20,3 | +17,5 |
| Kurs am 4.10. | | 4,38 | |
| Perf. seit 1.1. in % | | +3,2 | |
| Gewinn pro Aktie | 0,38 | 0,70 | 0,53 |
| KGV | – | 9 | 8 |
| Dividende pro Aktie | 0,21 | 0,22 | 0,24 |
| Rendite in % | – | 5,1 | 5,4 |
| Börsenkap. in Mrd. | | 82,6 | |
| Mitarbeiter | 85 700 | | |
| Hauptaktionäre: Legal & General (7,2%), BlackRock (5,5%), Capital Group Companies (4,0%), Scottish Widows (2,9%), State Street (2,8%) | | | |

^ASchätzung

Tomorrow needs commitment

Schutz, Vermehrung und Weitergabe Ihres Vermögens. Heute wie gestern ist unser Engagement von Transparenz und Weitblick geprägt. Auf der Grundlage dieser Werte bauen wir mit Ihnen eine dauerhafte und vertrauensvolle Beziehung auf.

Mit Zuversicht in die Zukunft.

www.ca-suisse.com

ABU DHABI - BASEL - BEIRUT - DUBAI - GENÈVE - HONGKONG - LAUSANNE - LUGANO - MONTEVIDEO - SINGAPUR - ZÜRICH